

## **Unser Gewaltverständnis**

Unsere Erfahrungen in der Antidiskriminierungsarbeit und der psychosozialen Beratung haben gezeigt, dass viele unserer lesbischen/bisexuellen Nutzer\_innen Anfeindungen, Angriffen und Belästigungen aufgrund ihrer Lebensweise, ihres Frau-Seins und/oder Trans\*-Seins ausgesetzt sind. Unsere Klient\_innen suchen zudem Beratungen auf, weil sie Rassismus erfahren, weil sie Gewalt und Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung/Beeinträchtigung, ihres Alters und/oder weil sie kein/wenig Geld haben, erleben. Oftmals treten diese vielfältigen Diskriminierungen und Gewalterlebnisse in Kombinationen auf.

Ein\_e lesbische\_r, bisexuelle\_r Frau/Trans\*Mensch ist nicht nur lesbisch oder bisexuell, sondern hat auch immer eine Herkunft, eine Hautfarbe, einen Körper mit einer bestimmten Befähigung oder Beeinträchtigung, eine (oder mehrere) Genderidentität(en) und befindet sich somit in Bezug auf Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen immer an verschiedenen Schnittstellen. In diesem Zusammenhang sprechen wir von **Mehrfachzugehörigkeit** und **Mehrfachdiskriminierung**.

Gewalt beginnt nicht erst bei einer körperlichen Verletzung. Eine geringe Wertschätzung, die Abwertung der eigenen Lebensweise oder verbale Anfeindungen sind alles Formen von Gewalt. Auch Diskriminierungen sind eine Form von Gewalt, da sie Personen verletzen, einschränken, verunsichern, meist psychische Narben hinterlassen und gesundheitliche sowie finanzielle Folgen haben.

Lesbische/bisexuelle Frauen und Trans\*Menschen erfahren im alltäglichen Leben **zwischenmenschliche Gewalt und Diskriminierung**: auf der Straße, am Arbeitsplatz, oder ihrer Herkunftsfamilie. Lesbische/bisexuelle Frauen und Trans\*Menschen üben auch Gewalt und Diskriminierung aus. Somit erleben Personen auch in LesbischenSchwulenBisexuellenTrans\*Inter- (LSBTI)-Zusammenhängen, in Freundschaften und in Beziehungen Gewalt und Diskriminierung, z. B. in Form von häuslicher Gewalt, rassistischer Behandlung oder Transfeindlichkeit.

Ebenso erfahren lesbische/bisexuelle Frauen und Trans\*Menschen auch durch staatliche Personen und Gesetze Gewalt und Diskriminierung. In diesem Sinne sprechen wir von **staatlicher** und **struktureller Gewalt**. So erleben Personen z. B. Gewalt durch Polizeibeamt\_innen, sei es wenn ohne Anlass die Personalien kontrolliert werden, die Polizei bei Einsätzen massive körperliche Gewalt anwendet oder selektiv Personen, die eine dunkle Hautfarbe haben und/oder Trans\* sind, als Kriminelle verdächtigen und behandeln.

Gewalt kann auch durch Regelungen, Vorschriften oder Gesetze verursacht werden. So kann das Transsexuellengesetz als Gewalt gegen Trans\*Personen betrachtet werden, da es Personen, die medizinische und rechtliche Möglichkeiten der Geschlechtsangleichung wahrnehmen möchten, als krank bezeichnet und zur psychologischen Begutachtung zwingt.

---

\* Trans\* steht für alle die, die nicht in dem Geschlecht leben können oder wollen, welchem sie bei ihrer Geburt zugeordnet wurden. Hierzu zählen Transsexuelle, Transgender, Drags, Transidente, Cross-Dresser und viele mehr.

Auch Alltagspraxen haben Struktur. Der zum Teil gängige Ausschluss von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans\*Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen aus Treffpunkten, Veranstaltungen und inhaltlichen Diskussionen, ist keine zusammenhangslose Einzelhandlung, sondern eine Diskriminierung, die auf **struktureller** Macht basiert.

Wir arbeiten daher mit einem erweiterten Gewaltbegriff, mit dem wir neben physischer und psychischer Gewalt auch strukturelle Gewalt und Diskriminierungen meinen. **Wir betrachten jede Form von Rassismus, Sexismus, Ableism (Diskriminierung aufgrund von Behinderung/Beinträchtigung), Homophobie und Transphobie als Gewalt**, weil sie verletzen und die Chancen der betroffenen Personen, gleichberechtigt und selbstbestimmt zu leben, strukturell vermindern.

### ***Also was tun?***

Eine der gängigen Antworten auf Gewalt gegen LBT\*, auch seitens einiger lesbisch – schwuler Zusammenhänge, sind die Konzentration auf ausschließlich zwischenmenschliche Gewaltausübungen, die Schaffung eines Bildes von potentiellen Tätern und die Entwicklung von schärferen Strafen gegen sie. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass zwischenmenschliche, strukturelle und staatliche Gewalt gemeinsam angegangen werden müssen. Wir streben einen Umgang mit zwischenmenschlicher Gewalt an, welcher auch institutionelle, strukturelle und staatliche Formen von Gewalt langfristig verändern kann. So hinterfragen wir zum Beispiel, ob es Sinn macht, schärfere Gesetze und Strafen in Bezug auf Hassgewalt gegen lesbische, bisexuelle und Trans\*Menschen zu fordern. Führen solche Regelungen wirklich zu weniger Gewalt an LBT\*Menschen und bietet das eine angemessene Form zur Verarbeitung ihrer Erlebnisse? Braucht es höhere Strafen um die Gewalt als gewaltvoll anzuerkennen? Wir bezweifeln dies. Vielmehr befürchten wir aufgrund unserer Erfahrungen in der Antidiskriminierungs- und Antigewaltarbeit, dass mit einem Fokus auf strafrechtliche Wege im Umgang mit Gewalt gegen LBT\*, beispielsweise durch ein Konzept von Hasskriminalität und der Schaffung potentieller Täter\_innengruppen staatliche Gewaltformen und gesellschaftliche Machtverhältnisse, wie etwa Rassismus, aufrecht erhalten werden.

Wir glauben, dass Personen, die Gewalt erfahren haben, letztendlich selbst am besten wissen können, was sie brauchen. Sie sollen selbst aus den unterschiedlichen Wegen des Umgangs den für sich passenden wählen können. Unsere Aufgabe sehen wir darin, die Personen auf Wunsch in ihren Umgangsweisen zu unterstützen und sie darin zu begleiten, einen selbstbestimmten Weg einzuschlagen. Wir denken auch, dass Personen, die Gewalt erleben/erlebt haben, eine Verantwortung haben mit dem Erlebten umzugehen. Ebenso glauben wir, dass alle Personen individuell und gemeinschaftlich eine Verantwortung übernehmen müssen, Personen, die Gewalt erfahren (haben), zu unterstützen.

Wir verurteilen jegliches Ausüben von Gewalt und erwarten, dass Personen Verantwortung für ihr gewalttätiges Verhalten übernehmen. Dabei wollen wir Menschen jedoch nicht langfristig in Bezug auf dieses Verhalten stigmatisieren, indem wir sie als Täter\_innen oder Kriminelle wahrnehmen. Vielmehr denken wir, dass es für Personen, die Gewalt ausüben/ausgeübt haben, möglich ist, langfristig Verantwortung



für ihr gewalttätiges Verhalten zu übernehmen. Wir denken, dass ihnen dies gesellschaftlich ermöglicht werden sollte. Viel zu oft wird Gewalt von nahestehenden oder beistehenden Personen geduldet. Daher wünschen wir uns, dass alle Personen individuell und gemeinschaftlich nicht wegschauen und Menschen darin unterstützen, ihr gewalttätiges Verhalten zu beenden und Verantwortung dafür zu übernehmen.

Wir wünschen uns einen Umgang mit Gewalt, bei dem die Bedürfnisse der Person, die Gewalt erlebt (hat) im Mittelpunkt stehen und bei dem gleichzeitig kollektive Strukturen und gesellschaftliche Bedingungen, die Gewalt aufrechterhalten und fördern, grundlegend verändert und transformiert werden.

*Lesen Sie auch die „12 Grundlagen unserer Antigewalt- und Antidiskriminierungsarbeit“ und unseren Text „Was ist Mehrfachdiskriminierung?“, erhältlich auf unserer Webseite [www.lesmigras.de](http://www.lesmigras.de)*